

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilungen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Nummer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Anzeigenpreise für den Abnehmer: 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 78

Freitag, den 2. April 1926

21. Jahrgang

Deutschland nimmt an der Kommissionsitzung in Genf teil.

Berlin, 31. März. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit den vor Kurzem von dem Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung mitgeteilten Beschlüssen des Völkerbundesrates beschäftigt, durch die Deutschland eingeladen worden ist, an den Beratungen der Kommission teilzunehmen, die demnächst die Frage der Zusammensetzung des Rates sowie der Zahl seiner Mitglieder und des Verfahrens ihrer Wahl prüfen soll. Im Reichskabinett ist bei dieser ersten Erörterung der Angelegenheit die Auffassung zutage getreten, bei der weiteren Behandlung der vorstehend gekennzeichneten Staatsfrage mitzuwirken.

Die Beschlussfassung über die sachlichen Einzelheiten ist einer späteren Kabinettsitzung vorbehalten.

Die Gründe zur Beteiligung.

Berlin, 1. April. In der gestrigen Halbamtlichen Mitteilung über die Stellungnahme des Reichskabinetts zu der an Deutschland ergangenen Einladung, an den Beratungen der Kommission für die Erörterung an der Staatsfrage teilzunehmen, schreibt die „Tägliche Rundschau“ u. a.: Der Beschluss des Kabinetts ist dahin zu verstehen, daß die deutsche Regierung bereit ist, die Einladung zur Teilnahme an den Arbeiten der Studienkommission anzunehmen. Dieser Beschluss liegt durchaus im Sinne der deutschen Außenpolitik. Bei der Stellungnahme zu der Einladung war zunächst zu berücksichtigen, daß die

Anregung zur Einsetzung der Kommission von Deutschland ausgegangen

ist. Ferner fiel ins Gewicht, daß in der in Genf veröffentlichten Kundgebung der Locarnomächte die Aufrechterhaltung und die Fortentwicklung der Locarnopolitik als notwendig bezeichnet worden ist. Es kann hinzugefügt werden, daß von französischer Seite in gewissen Mitteilungen erfolgt sind, die darauf schließen lassen, daß man in Paris das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland so auffaßt, als ob

Deutschland tatsächlich schon in den Völkerbund aufgenommen worden

sei. Es handelt sich dabei nicht nur um Worte, sondern man wird auch damit rechnen können, daß die Abwicklung der Fragen so z. B. auch die Verhandlungen über die Luftfahrt vor einem befriedigenden Abschluß stehen. Auf jeden Fall entsprechen die Beziehungen zwischen den Locarnomächten vollständig der Kundgebung, zu der sich die Vertreter dieser Mächte in Genf bekannt haben. Wer als Vertreter in die Studienkommission von deutscher Seite entsandt wird und in welcher Form Deutschland teilnimmt, ist noch nicht bestimmt worden. Die Entschiedenheit Deutschlands durch die Teilnahme an den Arbeiten der Kommission wird in keiner Weise beeinträchtigt und Deutschland behält nach wie vor freie Hand, sein Eintrittsgesuch an den Völkerbund zurückzuziehen, wenn die Verhandlungen sich in einer Richtung entwickeln, in der Deutschland nicht folgen kann.

Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika und neue Kaufverträge.

New York, 31. März. Das Gesetz betreffend die Freigabe des deutschen Eigentums wird von den Interessenten lebhaft erörtert. Wallstreet ist natürlich mit der Tendenz des Gesetzes, das die Heiligkeit des Privatigentums konstituiert, vollständig einverstanden und sieht darin eine weise Voraussicht der amerikanischen Regierung für kommende Kriege. Die direkten Interessen der Wallstreet konzentrieren sich augenblicklich auf den Passus, der besagt, daß Rechte auf Eigentum sofort nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, also noch vor der endgültigen Freigabe, befreit werden können. Es ist kein Geheimnis, daß auf Grund dieser Klausel bereits viele Kaufverträge über Baumwolle, Kupfer usw. abgeschlossen wurden, die zu laufen beginnen, sobald durch das Inkrafttreten des Gesetzes eine Verkaufsunterlage geschaffen ist. Ein großer Teil der frei werdenden Gelder würde also sofort nach Inkrafttreten in die amerikanische Wirtschaft zurückfließen und Deutschland nur in Gestalt von Rohstoffen erreichen.

Zahlung der deutschen Kriegsschäden an Luxemburg.

Luxemburg, 31. März. Auf eine Anfrage in der luxemburgischen Kammer über die Bezahlung der von Deutschland an Luxemburg für Kriegsschäden geschuldeten Beträge antwortete Staatsminister Brum. Deutschland werde die eine Hälfte der vorgesehenen Summe erst dann zahlen, wenn die Streitfrage über die vorzeitige Kündigung des Eisenbahnvertrages durch Luxemburg einem Schiedsgericht überwiesen worden sei. Die andere Hälfte werde erst bezahlt werden, nachdem das Schiedsgericht die luxemburgische Auffassung über die Kündigung des Eisenbahnvertrages gutgeheißen habe.

Von luxemburgischer Seite werden gegen Einsetzung dieses Schiedsgerichts gewisse Einwände erhoben, die in der Kammer jedoch nicht näher dargelegt wurden. Es handelt sich bei den Kriegsschäden um 8-9 Millionen Goldmark.

Der deutsch-englische Handelsvertrag.

Berlin, 31. März. Die britische Regierung hat amtlich mitgeteilt, daß der deutsch-englische Handelsvertrag vom 2. 12. 1924 auch auf die nachfolgenden britischen Leidenbezuge ausgedehnt wird: die Fäland-Inseln, die Verbündeten Malakischen Staaten (Perak, Selangor, Negri Sembilan, Pahang), Grenada, Hongkong, Jamaica, Mauritius, St. Helena, St. Lucia, St. Vincent, die Seychellen, die Straits Settlements.

Volksabstimmung in Schaumburg-Lippe über den Anschluß an Preußen.

Bückeburg, 31. März. In der heutigen Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtages in Bückeburg kam abermals die Frage des Anschlusses an Preußen zur Verhandlung. Der Landtag nahm einstimmig eine Entschiedenheit des Wahlschusses an, nach der die Richtlinien, die in den bisherigen Verhandlungen mit Preußen aufgestellt worden sind, als geeignete Grundlage für die Eingliederung Schaumburg-Lippes an Preußen angesehen werden.

Die Landesregierung wird in der Entschliessung ersucht: 1. unverzüglich einen Gesekentwurf betreffend Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses Schaumburg-Lippes an den preussischen Staat dem Landtag vorzulegen, 2. unverzüglich die Verhandlungen mit dem preussischen Staatsministerium aufzunehmen zur Klärung aller noch etwa bestehenden Zweifel über den Inhalt der Richtlinien und 3. das preussische Staatsministerium sofort von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen.

Nach einer Wittermeldung aus Bückeburg ist die vom Landtag beschlossene Abstimmung über den Anschluß Lippes an Preußen auf den 6. Juni festgesetzt worden.

Dr. Kamel wieder in Wien.

Wien, 31. März. Bundeskanzler Dr. Kamel traf heute früh mit seiner Begleitung in Wien ein. Zur Begrüßung hatten sich auf dem Bahnhof u. a. eingefunden der deutsche Geschäftsträger Graf von Dönhoff und ein Vertreter der tschechoslowakischen Gesandtschaft.

Lord Reading verläßt Indien.

Delhi, 31. März. Der bisherige Vizekönig von Indien, Lord Reading, ist gestern, nachdem seine Amtszeit abgelaufen ist, nach Bombay abgereist, von wo er sich nach England begeben wird.

Strefemann über Kamels Besuch.

Berlin, 1. April. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht eine Auserkennung des Reichsaussenministers Dr. Strefemann mit dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“. Dr. Strefemann erklärte danach u. a.: Der dreitägige Besuch des Bundeskanzlers Dr. Kamel hat hier einen tiefen und dauernden Eindruck hinterlassen. In den Kommentaren der ausländischen Presse über den Besuch des Bundeskanzlers sagte Dr. Strefemann nach der oben zitierten Quelle: Aus allen diesen Pressekommentaren spricht das schlechte Gewissen derjenigen, die den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Kriege so sehr zu betonen mußten und die sich durch die Tatsachen ungern daran erinnern lassen, wie sie in den Bestimmungen ihrer Friedensverträge diesen Gedanken behandelt haben. Wir wissen uns, so schloß Dr. Strefemann seine Erklärungen in der Behandlung der Frage der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland völlig eins mit den Leitern der österreichischen Regierung.

Warum Farinacci gehen mußte.

Rom, 31. März. Von gestern Abend 10 Uhr bis heute früh 1/2 Uhr tagte unter Vorsitz Mussolinis der große faschistische Rat. Nach Erledigung verschiedener Fragen ernannte der Rat als Nachfolger Farinaccis zum Generalsekretär der faschistischen Partei den Abg. Augusto Turati.

Ihm werden vier Vizegeneralsekretäre zur Seite stehen. Sowohl in London wie in Paris wird behauptet, daß Farinaccis Abgang nicht ganz freiwillig erfolgt sei. Er sei verantwortlich für die letzten außenpolitischen Entgleisungen Mussolinis.

Für die sternenartigen Drohreden gegen Deutschland, England, Oesterreich usw., die keinerlei Erfolg hatten, sondern nur Antipathien Amerikas und selbst Frankreichs gegen Italien geweckt haben. Diese verkehrte Außenpolitik habe ein italienischer Volkshäcker nach dem andern nicht mehr mitmachen können, und so sei es schließlich dem Innenminister Federzoni, dem Vertreter einer gemäßigteren (und nicht antideutschen) Richtung gelungen, Farinacci zu beseitigen. Turati wird als ein Anhänger der besonnenen Richtung Federzonis geschildert.

Erwerbslosenkundgebungen in Stettin.

Stettin, 31. März. Im Anschluß an eine Stadtverordnetenversammlung, der von einem Ausschuß der Erwerbslosen eine Reihe von Forderungen unterbreitet worden war, versuchte eine größere Zahl Erwerbsloser eine Demonstration. Der Polizeipräsident hatte das Rathausviertel absperren lassen, als die Demonstranten versuchten, dennoch zum Rathaus vorzudringen. Schritt die Polizei ein und machte von Gummiknüppeln Gebrauch. In einigen Fällen mußte die Polizei mit der

blanken Waffe vorgehen. Von Verletzungen oder schweren Zwischenfällen ist nichts bekannt geworden. Ueber 20 Demonstranten wurden von der Polizei festgenommen.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in München.

München, 31. März. In einer heute Abend von der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einberufenen Versammlung, in der der russische Hochschulpfessor Dr. Gregor über die heutigen Verhältnisse in Russland sprach, kam es im Verlaufe des Vortrags zu Störungen seitens der zahlreich vertretenen Kommunisten. Die Redner wurden von der anwesenden Saalwache entfernt, wobei die Kommunisten heftigen Widerstand leisteten, so daß es zu Zusammenstoßen mit der Polizei kam, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Nach Entfernung der Kommunisten nahm die Versammlung ruhig ihren Fortgang.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei in London.

London, 31. März. Gestern kam es bei einer von den Kommunisten abgehaltenen Demonstration zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Diese war benachrichtigt worden, daß die Kommunisten nach einer für gestern nachmittag im Hyde-Park angelegten Arbeitslosenversammlung eine große Demonstration vor dem Parlament und die Regierungsgebäude planten. Infolgedessen wurde die Polizeiwache im Unterhaus verdoppelt und eine starke Polizeibeamtung bereit gehalten. Die von Russen geführten Demonstranten wurden von der Polizei zur Umkehrung der Marschroute gezwungen und begaben sich auf einem andern Wege zum Hyde-Park, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Das Publikum nahm gegen sie Partei und eine regelrechte Prügelei entstand. Die Polizei verfuhr lange Zeit vergeblich, die kämpfenden Parteien zu zerstreuen. Eine wahre Schlacht entwickelte sich außerhalb des Parktores an der Hauptverkehrsader der Westminster-Street. Der gesamte Verkehr stand eine Stunde lang still, bis es der Polizei gelang, die Ruhe wiederherzustellen. Viele Polizisten und Zivilisten wurden verletzt. Sechs Rädelführer wurden festgenommen.

Blutige Zusammenstöße in Saigon.

Paris, 31. März. Aus Saigon (Indochina) wird gemeldet, daß bei der Ankunft eines französischen Passagierdampfers, an dessen Bord sich der in Indochina berühmte anamitische Freiheitskämpfer Bui Schio befand, große Demonstrationen der Eingeborenen stattfanden. Am Landungsplatz versammelten sich zwanzigtausend Eingeborene, die dem Führer einen begeisterten Empfang bereiteten. Vierhundert Euro-päer protestierten gegen diese Demonstration und es kam zu schweren blutigen Zusammenstößen, die ein Eingreifen der Kolonialtruppen erforderlich machten. Wie dem „Petit Journal“ aus Saigon gemeldet wird, herrscht dort große Aufregung und man ist genötigt, die Polizei Tag und Nacht mit Verärterung auf dem Posten zu halten.

ter.

er hat
heiligt.

Marianne
Aufmerk-
n Ge-
arch
k.

ageblatt.

Beweise
unsere
unver-

ogel

en Dank
Kinder
nen.